

für Bildungszwecke aufwenden, so bleiben die Summen relativ erheblich hinter denen der westlichen Länder zurück, obgleich diese in der Regel nicht mehr als 9 bis 13 Prozent für die gleichen Zwecke ausgeben. Solange daher die für Bildung und Erziehung aufgewendeten Summen in den Entwicklungsländern nicht wesentlich gesteigert werden können — und diese Steigerung hängt wiederum von einer günstigeren Entwicklung der Volkseinkommen in diesen Ländern ab —, werden die Erfolge im Kampf für eine weitere Ausbreitung des Wissens — als einer Voraussetzung zur Überwindung des Hungers und der Not — zwangsweise beschränkt bleiben.

### *Eine Ursache der Bildungsnot*

Man wird sich fragen, welche Ursachen die unterschiedliche Entwicklung in den Bildungssystemen zwischen den westlichen und den Entwicklungsländern hat. Sie sind sicher sehr vielfältig und komplex. Eine jedoch zwingt sich auf, wenn man bedenkt, daß fast alle diese Länder bis vor kurzem noch in der Abhängigkeit der europäischen Kolonialmächte standen. Der Rapport Préliminaire unterscheidet drei Formen von „Segregation“, die sich schon zu Zeiten, als die Entwicklungsländer noch in der Mehrzahl abhängig waren, sehr nachteilig auf die schulische Bildung dieser Völker ausgewirkt haben. In einigen Ländern, die unter weißer Führung stehen oder standen, sah das Gesetz einen nach Rassen getrennten Schulbesuch vor (vor allem in Afrika); in anderen Regionen wurden Schulen eingerichtet, die den Wünschen und den Bedürfnissen der Eltern, vor allem hinsichtlich der Religion und der Unterrichtssprache, nicht entsprachen. Die Schulen wurden daher weitgehend nicht besucht. Schließlich — das gilt vor allem für die südamerikanischen Staaten — wurden Schulsysteme sehr einseitig in städtischen Milieus entwickelt und gefördert, ohne daß gleichzeitig der ländlichen Bevölkerung entsprechende Möglichkeiten zum Schulbesuch geboten wurden. Auffallenderweise deckt sich die Bevorzugung oder Benachteiligung bestimmter Schichten (bezüglich der schulischen Ausbildung) fast überall mit der bestimmter Rassen oder Religionen. Als Beispiele für belgische, britische und französische Schulpolitik in Afrika führt der Rapport Préliminaire folgende Daten an:

Land	Bevölkerung	Zahl der eingeschriebenen Schüler		Aufwendungen d. Kolonialmacht für Unterricht und Erziehung
		Grundschule	höhere Schule	
<b>Belgisch-Kongo (1948)</b>				
Europäer	52 000	2 995	1 155	83 237 000 bfrs (1947/48)
Eingeborene	10 900 000	869 074	12 422	127 000 000
<b>Kenia (1950)</b>				
Europäer	38 000	3 841	1 947	333 583 Pfund
Asiaten	120 000	22 176	3 484	246 433
Afrikaner	5 475 000	338 653	11 687	418 939
<b>Französisch-Marokko (1947)</b>				
Europäer	325 000	45 180	10 359	2 396 540 000 frs
Marokkaner (Juden)	204 000	23 037		252 000 000
Marokkaner (Muslime)	8 088 000	99 705	1 449	2 295 050 000

## Ökumenische Nachrichten

**Zur kirchlichen Lage in Mitteldeutschland** Anlässlich der Genfer Konferenz der Außenminister der vier Großmächte tagte in Frankfurt am Main Anfang Mai die Arbeitsgemeinschaft „Christliche Verantwortung für europäische Zusammenarbeit“, um den westlichen Verhandlungspartnern Vorschläge für einen mäßigen Einfluß auf die Regierung der DDR in der Behandlung der evangelischen Kirchen zu unterbreiten, deren bedrängte Lage wir im letzten Heft (S. 433 f.) berichtet haben. Anwesend waren außer dem holländischen Diplomaten Dr. C. L. Patijn, dem französischen Politiker André Philip, dem englischen Unterhausmitglied John Edwards und dem deutschen Industriellen Dr. Walter Bauer auch Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, Militärbischof Dr. Kunst und Ministerpräsident a. D. Dr. Steltzer.

Es wurde u. a. geltend gemacht, daß gewisse Züge des DDR-Regimes den Grundideen des Kommunismus widersprechen und ihn bei den Völkern Osteuropas und anderen Nationen in Mißkredit bringen, so durch den extremen ideologischen Druck in den Schulen, der nur Heuchelei erzeuge. Die Gewaltmethode in der Durchsetzung der Jugendweihen hätten kein Beispiel in anderen Ländern, so daß man zu dem Urteil komme, daß hier „Zeichen eines weitergeführten Stalinismus vorliegen, in einer Zeit, in der der Stalinismus in Rußland selbst abgelehnt wird“. Man möchte daher auf wirksamere Garantien der Rechtssicherheit und auf Beendigung der vom Staat erzwungenen ideologischen Konformität dringen. Weitere Vorschläge wenden sich gegen die Abschneuerung von Westberlin, die das kirchliche Zusammenleben erschweren. „Die Augen der gesamten Christenheit sind auf die Behandlung der Kirche in der DDR gerichtet. Diese Tatsache erhebt die Regierungspolitik gegenüber der Kirche auf die Ebene internationaler politischer Bedeutung.“ Andere Vorschläge sind rein politischer Art und betreffen die Erhaltung der Unabhängigkeit von Westberlin „als Orientierungspunkt und Zufluchtsstätte für ganz Osteuropa“.

### *Stark besuchte Jugendtreffen*

Innerhalb der Zone halten die Bemühungen der evangelischen Kirchen an, sich nach dem bekannten Kommuniqué vom 21. Juni 1958 zu richten. So begrüßte Generalsuperintendent D. Braun auf einer Tagung von 2000 Jugendlichen in Potsdam-Hermannswerder, mit der der Kurmärkische Kirchentag — ohne Beteiligung von Bischof Dibelius — seinen Abschluß fand, daß die Kirche nach wie vor zu Verhandlungen bereit sei. Aber eine missionarische Kirche brauche nicht nur den kultischen Raum: „Die Christen wollen ihr gesamtes Leben kirchlich gestalten. Sie wollen positiv und gleichberechtigt als Staatsbürger mitarbeiten, ohne in ihrem Gewissen verletzt zu werden. Sie wünschen keine Vorteile, wollen aber auch keine Zurücksetzung erfahren.“ Aus seinen Worten ging hervor, „daß sich ein Gespräch zwischen Staat und Kirche abzeichnen schein“. Auch in Cottbus, dem Sitz des Generalsuperintendenten Günther Jacob, fand eine stark besuchte Evangelisationswoche für die Jugend statt, die von weither herbeiströmte und im übrigen nicht behindert wurde.

Erhebliche Unruhe löste während der Tagung des Rates der Evangelischen Kirche der Union Anfang Juni die Nachricht aus, daß der Domgemeinde in Halberstadt die Verfügung über das Kirchengebäude genommen werden soll, obwohl dieses Gotteshaus eine kirchliche Stiftung darstellt. In Wittenberg sollen Bestrebungen im Gange sein, der Kirche die Mitbestimmung über das reformationsgeschichtliche Museum „Lutherhalle“ zu entziehen und dieser weltbekannten theologischen Forschungs- und Lehrstätte ihren kirchlichen Charakter zu nehmen. Diese Nachrichten wurden dann aber von den betreffenden Bürgermeistern als „westliche Lüge“ dementiert, und ein Beschluß des Rates der Stadt Halberstadt zur Säkularisierung des Domes und seiner Nebengebäude wurde zurückgezogen.

**Starke Aktivität  
des Lutherischen  
Weltbundes**

Gleichzeitig mit der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD)

in Tutzing tagte dort Mitte Mai das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes (LWB), das eine starke Aktivität des Lutherischen Weltbundes hat erkennen lassen. Während die Bischofskonferenz nur kurz und unverbindlich zum Stand der Abendmahlsdiskussion über die Arnoldhainer Thesen Stellung nahm, sie als „ein verheißungsvolles Zeichen“ erklärte und die Hoffnung aussprach, daß die gegenwärtige Auseinandersetzung über eine mögliche Einigung zwischen Lutheranern und Reformierten hinaus ein vertieftes Abendmahlsverständnis und eine stärkere Wertschätzung dieses Sakramentes in den Gemeinden ergeben werde, stand im Vordergrund des Interesses die Nachricht, daß nunmehr die Finanzierung eines Lutherischen Senders für Afrika und Vorderasien gesichert sei.

Die zur Inbetriebnahme des Senders, über dessen Aufstellung im Raum von Ostafrika noch keine Gewißheit besteht, benötigten Mittel von rd. 400 000 Dollar würden zu einem Drittel vom amerikanischen Luthertum und zu je einem weiteren Drittel von den lutherischen Landeskirchen in Deutschland bzw. in Skandinavien aufgebracht. D. Lilje begründete die Notwendigkeit dieses Senders damit, daß der Islam weitgehend seine Erfolge in Afrika der Rundfunkarbeit verdanke, da der größte Teil der afrikanischen Bevölkerung weder lesen noch schreiben könne. Aber in Kongo und Ostafrika gebe es bereits 1 277 000 Rundfunkgeräte, in Zentralafrika 113 000, in Westafrika einschließlich Liberia 264 000 Geräte. Dazu kommen in Nordafrika 920 000 Apparate für Rundfunkempfang (nach „Evangelische Welt“, 1. 6. 59, S. 333). Man sei sich allerdings darüber im klaren, daß die Wirksamkeit des Senders von seiner Programmgestaltung abhängen werde.

*Fortschritte in Südamerika*

Über die Tätigkeit des Lutherischen Weltbundes in Südamerika machte Oberkirchenrat Friedrich Hübner, Hannover, der Auslandsreferent des Lutherischen Kirchenamtes der VELKD, nach seiner Rückkehr von einer dreimonatigen Inspektionsreise in dem lateinamerikanischen Kontinent folgende Mitteilungen: Wenn man die Entwicklung seit der letzten Lateinamerika-Konferenz des LWB von 1954 betrachte, so kämen alle Zweifel an der Voraussage der erwarteten Erfolge zum Schweigen. In

vielen südamerikanischen Staaten, besonders Venezuela, Kolumbien, Ekuador und Perú, seien neue lutherische Gotteshäuser errichtet worden. Die Ausbildung des Pfarrernachwuchses, die freilich starker Förderung bedürfe, nehme ständig zu. Ein großes Gebäude der Theologischen Schule in São Leopoldo (Brasilien) stehe vor der Fertigstellung. Es sei erfreulich, daß die Präsidien der einheimischen lutherischen Einwanderersynoden, die das Rückgrat der Arbeit bilden, jetzt mit dem Präsidenten des Kirchlichen Außenamtes der EKD, D. Wischmann, in enger Fühlung arbeiten und das Lateinamerika-Komitee des Lutherischen Weltbundes das Seine dazu beibringe. So sei ein ständiges Vordringen gesichert.

*Lutheraner Indiens planen Union mit der „Kirche von Südindien“*

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Nachricht über die nun doch fortschreitenden Unionsbemühungen der Lutheraner Indiens mit der „Kirche von Südindien“. Wie erinnerlich, bestehen gegen diesen Zusammenschluß starke konfessionelle Bedenken besonders beim deutschen Luthertum, zu deren Sprecher sich seinerzeit Landesbischof D. Lilje gemacht hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 150, wo über die verschiedenen Phasen der Unionsverhandlungen berichtet wurde). Zum Teil war es die Rücksicht auf die Gefahr dieser Union mit den Anglikanern, Methodisten, Presbyterianern und Kongregationalisten der „Kirche von Südindien“, daß der ökumenische Ausschuß der VELKD im Jahre 1957 sein umfassendes Gutachten über die apostolische Sukzession des Bischofsamtes erarbeitet hatte, das im exegetischen wie dogmatischen Teil einen unverkennbaren Fortschritt über den Artikel VII der Augsburger Konfession erbrachte, aber schließlich doch wieder mit der Erklärung endete, man halte die Weihesukzession und ihre Weitergabe, zumal wie sie von der Anglikanischen Kirche (ohne eine Bekenntniseinheit) betrieben werde, nicht nur für unnötig, sondern sogar für gefährlich, „weil das Mißverständnis aufkommen könnte, als wäre die Ordination in Kirchen ohne bischöfliche Sukzession unvollständig“ (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 362 bis 364).

Nun kommt aus Bangalore, Indien, die Nachricht, die Bedenken der indischen Lutheraner gegen den historischen Episkopat der Kirche von Südindien hätten der Überzeugung Platz gemacht, daß „das Maß lehrhafter Übereinstimmung zwischen den beiden Kirchen eine engere Gemeinschaft rechtfertigt, als sie bisher bestand“. Diese Ansicht vertrat eine aus Theologen beider Kirchen zusammengesetzte Studienkommission. Man hat zunächst die Ausarbeitung eines gemeinsamen Katechismus und die Einberufung regionaler Studienkonferenzen angeregt, um dann zum Entwurf einer Verfassung und Lehrerkklärung zu schreiten.

*Zum Bischofsamt*

In einer Erklärung über das Bischofsamt, die die Kommission veröffentlichte, heißt es; „Die Ausübung der Aufsicht (Episkope) übertrug die Kirche schon in frühen Zeiten in den einzelnen Bezirken einem Bischof. Jahrhunderte hindurch war diese Regelung allgemeingültig; sie wird auch heute noch von den meisten Christen anerkannt. Wir halten sie nicht für eine unerläßliche Voraus-

setzung für die Existenz der Kirche oder für das geistliche Amt und die Sakramente. Wir glauben auch nicht, daß Gott durch sie größeren Segen, Autorität oder Gnade als durch andere Formen des Amtes der Kirche gewähren will. Wie jede Gabe Gottes kann sie mißbraucht werden, und sie ist zweifellos mißbraucht worden. Aber ihr Wert liegt für uns darin, daß sie erlaubt, die für das seelsorgerliche Amt in der Kirche unerläßliche Aufsicht einer Person zu übertragen . . . Jedoch sollte das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein des Bischofsamtes als solches die Beziehungen einer Kirche zu einer anderen nicht entscheidend beeinflussen.“

**25 Jahre Barmer  
Theologische  
Erklärung**

Ende Mai begingen die noch lebenden Treuhänder der „Bekennenden Kirche“, der ruhmvollen Widerstands- und Glaubensbewegung im Kirchenkampf gegen die nationalsozialistische Staatskirche, ein bedeutendes Jubiläum: die Erinnerung an die 1. Bekenntnissynode von Barmen-Gemarke vom 28.—31. Mai 1934, die mit der Verkündigung der sechs Artikel der Barmer Theologischen Erklärung und dem Aufbau einer Bruderratsverfassung abschloß, erstere von Karl Barth und Hans Asmussen, letztere von Hermann Ehlers entworfen. Es handelt sich hier weder für die Evangelischen selbst noch für ihre katholischen Gesprächspartner um ein rein historisches Ereignis und Dokument. Die Barmer Erklärung hat heute noch, ganz abgesehen davon, daß sie in der Grundordnung der EKD (Artikel 1, 2) verankert und in die meisten Ordinationsverpflichtungen der norddeutschen Unionskirchen aufgenommen worden ist, eine nachhaltige und keineswegs abgeschlossene Wirkung. Sie ist z. B. die Grundlage einmal der sogenannten „politischen Prophezie“ von führenden Männern der Bekennenden Kirche, etwa Dr. Heinemanns (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 287 f.: „Politische Prophezie im Bundestag“) und damit der ersten Spannungen in der EKD um ihre politische Linie; sie ist ebenso sehr Grundlage für den bekannten Abendmahlskonsensus von 1957/58, über den wir hier ausführlich berichtet haben, samt der Kritik, die er bisher gefunden hat (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 255, 287, 338, 435).

Weil das so ist, haben katholische Beobachter, die diese Entwicklung mit Teilnahme verfolgen, ebenfalls Anlaß, sich auf die Bedeutung und die Grenzen der Barmer Theologischen Erklärung zu besinnen, die das Ende des unkirchlichen Protestantismus mit einem korporativen Bekenntnis zur Königsherrschaft Christi gegenüber dem Staat und den Ansätzen eines „kanonischen“ Rechtes der Evangelischen gebracht hat: das Ende „eines vierhundertjährigen Irrtums“, wonach Glaube und Ordnung der Kirche getrennt voneinander behandelt und die Ordnung menschlichem Ermessen überlassen werden könne. Man sollte sich durch eine berechtigte Weigerung der Lutheraner, Barmen als gültiges evangelisches Bekenntnis oder gar als echte Überwindung der reformatorischen Konfessionsverschiedenheit anzuerkennen (weil es keine gemeinsame Abendmahlslehre enthält), nicht dazu verleiten lassen, dieses grundlegende Dokument der neueren Kirchengeschichte schon zu den Akten zu legen. Denn es finden sich hier wichtigste Anknüpfungen für ein positives Gespräch. (Die Barmer Theologische Erklärung ist abgedruckt in Herder-Bücherei Nr. 10, S. 161; die neueste und

umfassendste Darstellung, „Die 1. Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Barmen“, mit ihren Nachwirkungen ist soeben von Gerhard Niemöller erschienen, dem das große Archiv der Bekennenden Kirche in Bielefeld zur Verfügung stand. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 2 Bände, 1959.)

Über die Feiern in Wuppertal-Barmen, die in der neu aufgebauten Gemarker Kirche stattgefunden haben und eine „Woche der Besinnung“ einschlossen, ist zu berichten, daß außer Präses D. Joh. Beckmann von der Evangelischen Kirche im Rheinland auch Bischof Dibelius und sogar Landesbischof Lilje daran teilnahmen. Während Dibelius die Bedeutung von Barmen in der „Umformung unseres gesamten christlichen Denkens über das Verhältnis zum Staat“ sieht, mit dem Hinweis, daß die Kirche in der Ostzone sich heute in der gleichen Situation wie 1934 befände, betonte der Führer der Unionskirchen, D. Beckmann, daß das Werk von Barmen zu einer weiteren Einigung der Kirchen führen sollte. Auch der Lutheraner D. Lilje hatte den Freimut, zu erklären, daß es „noch die Einheit der Kinder Gottes“ gebe: „Es gibt noch Orientierungspunkte jenseits aller Verschiedenheiten in der Evangelischen Kirche.“

In der Tat, Artikel 1, 2 der Grundordnung, wonach sich die „Evangelische Kirche in Deutschland“ verpflichtet weiß, „als Bekennende Kirche die Erkenntnisse des Kirchenkampfes über Wesen, Auftrag und Ordnung der Kirche zur Auswirkung zu bringen“, ist noch nicht erfüllt. Es ist fraglich, ob der Weg dahin so geradlinig verlaufen kann, wie sich die entschiedenen Anhänger der Bekennenden Kirche das manchmal vorstellen, wenn sie mit dem Gedanken spielen, wegen der Spannungen in Fragen der politischen Ethik es zu einer Spaltung, d. h. zum Wiederaufleben der kämpfenden „Bekennenden Kirche“ mit ihrer Bruderratsverfassung kommen zu lassen. Sicher wird dieser Weg nicht mehr in das konfessionalistische Landeskirchentum zurückführen, das wirksam zu überwinden zum Bedauern von Bischof Lilje die Lutheraner der VELKD bisher nicht imstande waren. Für eine gesunde Entwicklung bürgt schon der Deutsche Evangelische Kirchentag; denn auch D. Reinhold v. Thadden-Trieglaff gehört zu den Treuhändern des Erbes von Barmen.

**Über die Orthodoxe Kirche in Rumänien** Das Nachrichtenblatt der Gruppe orthodoxer Franzosen des westlichen Ritus, die dem Moskauer Patriarchat unterstehen, brachte im April aus rumänischer Quelle eine Darstellung über die kirchlichen Verhältnisse in Rumänien. Mit der Veröffentlichung dieses Berichts, der die Dinge in ihrem wahren Licht unter dem Vorzeichen des Kampfes des Kommunismus gegen die Religion sieht, nutzen diese westlichen Orthodoxen erneut die ihnen gebotenen Möglichkeiten freier und unabhängiger Darstellung, die der Moskauer Patriarchatskirche selbst nicht gegeben sind. Wir haben in einem anderen Zusammenhang früher auf die Bedeutung dieser von Moskau unabhängigen Meinungsbildung und Darstellung innerhalb der russischen Kirche hingewiesen (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 571).

Der Verfasser versichert eingangs, daß von den Tatsachen der politischen Unterjochung der Orthodoxen Kirche in Rumänien keinesfalls auf das Schicksal des orthodoxen Glaubens geschlossen werden darf. Wohl habe es unter

den Gläubigen viele Enttäuschungen über das scheinbare Nachgeben der Hierarchie gegenüber den Forderungen des Regimes gegeben. Zu einem Teil ist diese Haltung auf die langwährende geschichtliche Tradition zurückzuführen. Andererseits zeigen aber die wiederholten, gegen die orthodoxe Geistlichkeit gerichteten Verhaftungswellen, daß es die Kommunisten eben nicht zur vollständigen Unterwerfung der orthodoxen Kirche gebracht haben. Meistens handelten sogar die von ihnen auf wichtigen Posten gesetzten Personen im Interesse und zur Verteidigung der Kirche.

Die Gesamtlage muß von einer für das Anliegen von Kirche und Glauben entscheidenderen Seite her gesehen werden. In der Konfrontierung mit dem atheistischen kommunistischen Staat hat die Kirche eine Reinigung und Läuterung erlebt, die den Gläubigen neue Kräfte gab und sogar eine Erneuerung und Verlebendigung des kirchlichen Lebens auf verschiedenen Gebieten hervorgerufen hat.

Die Prüfungen und Nöte des täglichen Lebens lehrten die Menschen beten. Diese Tatsache dokumentiert sich in dem außerordentlich starken Besuch der Kirchen, die — so muß hinzugefügt werden — im Gegensatz zur Lage in Rußland sämtlich offengehalten werden konnten. Beachtenswert ist, daß der nach langer christlich-orthodoxer Tradition verfestigte Ritualismus und religiöse Formalismus erheblich erschüttert wurde. Die Gläubigen entdeckten die inneren Kräfte des Glaubens neu. Ausländische Beobachter waren von dem religiösen Ernst der gläubigen Massen immer wieder beeindruckt, besonders am Osterfest. „Diese Christen“, sagte man, „sehen sich wahrhaftig mit dem Heiland aus dem Grabe steigen; sie erleben bereits in sich die Auferstehung des Herrn, wie der Glaube es verheißt.“ Kommunistische Funktionäre, die den Ausländern als offizielle Führer und Begleiter zugeteilt worden waren, warfen plötzlich ihre atheistische Maske ab und erbaten nach dem Gottesdienst den Segen des Bischofs, mit dem die Delegation ins Gespräch kam.

Natürlich ist der Bereich persönlicher Religiosität und Frömmigkeit allein nicht entscheidend. Das Evangelisationswerk der rumänisch-orthodoxen Kirche erfuhr durch die einschneidende Verminderung ihrer Erziehungs- und Lehranstalten einen schweren Schlag. Die religiöse Presse und die kirchliche Verkündigung sind gezwungen, die jeweilige Regierungspolitik zu unterstützen. Zur Ehre der rumänischen Theologen muß aber gesagt werden, daß sie die ihnen aufgezwungenen Themen in einem christlichen Geist darzustellen wußten. In der ideologischen Atmosphäre antireligiöser Politik hat es allerdings kein Theologe gewagt, ein größeres theologisches Werk herauszubringen. Doch sind liturgische Bücher erschienen, auch einige theologische Handbücher. Neben den verhältnismäßig stark vertretenen religiösen Zeitschriften gibt es aber keine kirchlichen Zeitungen.

Die theologischen Institute haben einen starken Zustrom neuer Kräfte zu verzeichnen. Schon macht sich in den veröffentlichten Arbeiten ein neuer Zugang zu den Problemen, eine Vertiefung in die wissenschaftliche Reflexion über die Glaubenswahrheiten bemerkbar, die den früheren Verbalismus und Dilettantismus rumänischer Theologie weit hinter sich läßt. Trotz gewisser politischer Einflüsse, die meist in Attacken gegen den Vatikan und den Katholizismus münden und das Niveau herabdrücken, kann die religiöse Zeitschriftenliteratur in Rumänien als die

reichste und vielseitigste im Vergleich zu allen anderen orthodoxen Kirchen — zumindest unter kommunistischer Herrschaft — bezeichnet werden.

Das wiedererwachte theologische Interesse und die Erneuerung des kirchlich-religiösen Lebens im allgemeinen ließen sich auch an den Autokephaliefeiern und den Heiligsprechungen rumänischer Heiliger Ende 1955 ablesen (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 370). Auch die Reform des Mönchtums, die besonders eifrig vom Patriarchen Justinian betrieben wurde, ist bedeutsam, allerdings nicht von der Wichtigkeit, die ihr von der offiziellen Propaganda beigelegt wird.

Der Verfasser des Berichts geht dann auf die gerade in Rumänien starken Anzeichen eines panorthodoxen Solidaritätsgefühls ein. Schon immer stark unter staatlichem Druck, jetzt aber in ihrer Existenz tödlich bedroht, hat die rumänisch-orthodoxe Kirche ihr Augenmerk besonders auf die Kontakte mit den orthodoxen Schwesternkirchen gerichtet, wobei sie, den staatlichen Wünschen im Rahmen der Friedenspropaganda Rechnung tragend, die hierdurch entstandenen Berührungen und Beziehungen in einem für die panorthodoxe Gemeinschaft förderlichen Sinn zu nutzen wußte. In Bukarest habe man diesen gegenseitigen Besuchen eine ganz besondere Bedeutung beigemessen. „Gewöhnt, zu sehr nur sich allein zu leben, scheinen diese Kirchen entdeckt zu haben, daß sie einander wichtig und bedeutungsvoll sind, daß es heute nicht mehr genügt, denselben Glauben zu bekennen, daß er vielmehr gemeinsam gelebt werden muß, um sich gegenseitig zu stützen und zu bestätigen.“ Die rumänischen Orthodoxen seien die überzeugtesten Anhänger einer intensiveren brüderlichen Gemeinschaft aller Orthodoxen. Ja diese Tendenz scheine bereits an dem Prinzip der Autokephalie zu rütteln, das der orthodoxen Kirche bis heute überall ihre juristisch-administrative Gestalt verleiht. Verschiedene Bukarester Theologen weisen gerne auf den vorübergehenden Charakter der Autokephalie als kirchlicher Organisationsform hin, und sie sprechen ihr einen der Natur der Kirche entsprechenden Wesenscharakter ab. Man hält es in diesen Kreisen nicht für ausgeschlossen, daß jegliche Autokephalie im Gesamtbereich der Orthodoxie allmählich zugunsten einer einheitlicheren Organisationsform schwindet.

Der Bericht schließt mit einigen Gedanken über Kol. 1, 24. Der Christ habe die Leiden dieser Welt auf sich zu nehmen und durch die Freude zu überwinden, die die Erwartung der Auferstehung mit Christus in ihm erweckt. Das Leiden in der Nachfolge Christi bedeute für die christliche Seele die unerläßliche Reinigung im Hinblick auf das Ziel der Vollkommenheit. Keine Todesfurcht könne den Christen schrecken. Ohne seine Lage durch Illusionen und Sophismen zu beschönigen, erwarte der Christ den Tod als die letzte Prüfung, durch die er der Vereinigung mit Christus teilhaftig wird.

Was diese Darstellung über Rumänien sagt, scheint bis auf Einzelheiten auch auf die Situation in der Sowjetunion zuzutreffen. Wir haben in unserer früheren Berichterstattung verschiedentlich darauf hingewiesen, daß diese Betrachtungsweise wohl auch die der verantwortlichen Kirchenmänner in Rußland ist. Wenn der Bericht über Rumänien auch keine direkte Bestätigung dafür ist, so ist doch bedeutsam, daß er von einer orthodoxen Zeitschrift gebracht wurde, die immerhin zum Bereich des Moskauer Patriarchats (Exarchat für Westeuropa) gehört. Auch die

Russische Kirche hat sich in letzter Zeit die Beziehungen zu den orthodoxen Schwesterkirchen sehr angelegen sein lassen, und was man über die eigenen Verhältnisse nicht mit letzter Klarheit sagen kann, läßt sich leicht in eine Betrachtung über eine andere autokephale Kirche kleiden, da in der Tat die Gegebenheiten hier wie dort viel Ähnlichkeit miteinander haben.

**Kassem bemüht sich um die Nestorianer** Am 25. April 1959 wurde in Bagdad eine nestorianische („assyrische“) Kirche durch General Kassem eröffnet.

Es ist zwar nicht sehr ungewöhnlich, wenn ein muslimisches Staatsoberhaupt bei der Einweihung einer christlichen Kirche in seinem Land zugegen ist, um das Wohlwollen der Regierung zu bekunden, doch wird gerade diesem Fall besondere Bedeutung beigemessen und nicht zuletzt darin ein Bemühen Kassem um die Nestorianer gesehen.

Die Assyrer sind eine verschwindend kleine Minderheit im Irak. Sie zählen ca. 35 000 Seelen. Sie betrachten sich zugleich als eine nationale Minderheit und haben ihren Anspruch auf ein gewisses Maß nationaler Autonomie (ähnlich wie die Armenier) nie aufgegeben. Aus diesem Grunde wurden sie von Türken und Kurden aufs grausamste verfolgt. Gleich den Kurden waren sie fremden politischen Einflüssen gegenüber immer sehr aufgeschlossen und wurden von den Russen und Engländern gegen die Türken unterstützt, mißbraucht und immer wieder im Stich gelassen. Ursprünglich in der Gegend des Wan- und Urima-Sees lebend, flohen sie nach den furchtbaren Verfolgungen durch die Türken (bei denen 20 000 Menschen den Tod fanden) im Jahre 1917 auf irakisches Gebiet; 10 000 flohen nach Syrien, und ca. 25 000 leben zur Zeit in USA. Auch im Irak blieben sie eine geschlossene Gruppe und stellten das Gros der „Iraq Levies“, einer englischen Schutztruppe. Als die Engländer 1932 das Mandat über den Irak aufgaben, versuchte die irakische Regierung, sie zu entwaffnen und vor allem zu zerstreuen. Da sich die Assyrer in berechtigter Furcht vor einer neuen Verfolgung dem widersetzten, kam es zu einer neuen Erhebung und in der Folge zu blutigen Verfolgungen (so wurden im „Märtyrerdorf“ Semayil alle Männer ermordet).

Man nimmt an, daß General Kassem nun versucht, die

Assyrer für die Regierung zu gewinnen. Dies entspricht der allgemeinen Minderheitenpolitik der Regierung, da die Minderheiten das beste Gegengewicht gegen die Anhänger Nassers bilden (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 446). Bei den Bemühungen der Regierung um die Freundschaft der Nestorianer dürften jedoch noch besondere Absichten hinzukommen: die schismatischen Christen im Irak, Nestorianer und Jakobiten, scheinen bei der kommunistischen Front der „Friedenskämpfer“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 445) eine gewichtige Rolle zu spielen. Da die Assyrer eine sehr militante Gemeinschaft sind, ist es auch sehr wahrscheinlich, daß sie zugleich in den Volksmilizen stark vertreten sind. Die Beteiligung der schismatischen Christen an den von den Kommunisten dirigierte Bewegungen ist jedoch nicht so sehr auf ihre Sympathie für die Kommunisten zurückzuführen, als auf die Tatsache, daß sie in diesen religiös indifferenten Bewegungen ihre Interessen als Minderheiten am besten vertreten sehen.

Kassem versucht nun, einen unmittelbaren Einfluß auf die Nestorianer und wohl auch auf die Jakobiten zu gewinnen, um so von den Kommunisten unabhängiger zu werden. Wohl nicht zu Unrecht wurde daher die Teilnahme Kassem bei der Einweihung der neuen assyrischen Kirche in Bagdad als ein Abrücken von den irakischen Kommunisten gewertet, vor allem deshalb, weil er seine Teilnahme mit folgenden Worten erklärte: „Dies ist ein Zeichen meiner Anerkennung der Freiheit des Gottesdienstes in diesem Land.“

Die Anzeichen dafür, daß Kassem — wenn auch sehr vorsichtig — von den Kommunisten abzurücken versucht, haben sich in den letzten Wochen vermehrt. So lehnte er es z. B. ab, die Kommunisten an der Regierung zu beteiligen, und zwar mit der Begründung, daß in der revolutionären Übergangsphase politische Parteien der Entwicklung des Landes hinderlich seien. Angeblich soll auch Kassem auf eine Quasi-Auflösung der kommunistischen Partei hinarbeiten. Dieser Vorgang ist um so undurchsichtiger, als es bisher völlig unmöglich ist, festzustellen, ob die kommunistische Partei überhaupt eine „legale“ Partei ist. Leider ist es heute noch nicht möglich, zu sagen, inwieweit Kassem's Abrücken von den Kommunisten mehr als ein taktisches Manöver gegenüber den antikommunistischen Kreisen außerhalb des Iraks darstellt.

## Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

### Der Spiritismus in Brasilien

Die Herder-Korrespondenz hat schon öfter im Rahmen ihrer Berichterstattung über Südamerika, besonders über Brasilien, den modernen Spiritismus in diesen Ländern als eine gefährliche Verirrung des gläubigen Sinnes dieser Völker wie auch als eine große Gefahr für die Kirche Lateinamerikas erwähnt (vgl. zuletzt 10. Jhg., S. 21 und 282). Die Stellungnahme des im August 1953 in Belém do Para tagenden brasilianischen Episkopats (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 282) hat hinreichend deutlich gemacht, daß der Spiritismus nicht nur als der Auswuchs

eines phantastischen religiösen Gefühles betrachtet werden darf, der zu einer wahllosen Vermengung christlicher und heidnischer Glaubenselemente geführt hat, sondern daß er eine doktrinäre Verirrung darstellt. Was uns bisher zu seinem vollen Verständnis fehlte, war eine Darstellung gerade dieser geschlossenen Lehre des Spiritismus. Sie ist in jahrelanger mühseliger Arbeit von Prof. Boaventura Kloppenburg OFM, der zur Zeit Hauptschriftleiter der „Revista Eclesiástica Brasileira“ in Petrópolis (Estado do Rio, Brasilien) ist, zusammengestellt worden. In der internationalen katholischen Zeitschrift für Religionssoziologie „Social Compass“ (Vol. V, Nr.